

**Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 16/1307**

Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Landtag Schleswig-Holstein

Monika Heinold  
Parlamentarische Geschäftsführerin

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1517  
Zentrale: 0431/988-0  
Telefax: 0431/988-1501

monika.heinold@gruene.ltsh.de  
[www.sh.gruene-fraktion.de](http://www.sh.gruene-fraktion.de)

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN • Düsternbrooker Weg 70 • 24105 Kiel

An den  
Vorsitzenden  
des Finanzausschusses  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Günter Neugebauer, MdL  
Landeshaus  
24105 Kiel

Kiel, den 13.10.06

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

wie abgesprochen erhalten Sie die weiteren Fragen der Landtagsfraktion von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN zu

- a.) der 2. Lesung des Doppelhaushalts 2007/2008, die im Finanz-Ausschuss mündlich oder schriftlich beantwortet werden sollen und
- b.) der Mittelfristigen Finanzplanung, diese Antworten erwarten wir in schriftlicher Form.

Zu a.) Doppelhaushalt 2007/2008

**Allg:**

Im Umdruck 16/1214 (Antworten auf die Fragen dieser Fraktion) heißt es auf S. 5 „Zur Erreichung der Einsparziele des Personaleinsparkonzeptes werden Personalabgänge genutzt und in erheblichem Umfang auf die Wiederbesetzung frei werdender Stellen verzichtet“. In welchem Umfang ist bisher auf Wiederbesetzung frei gewordener Stellen verzichtet worden? Gibt es Zahlen seit dem Antritt der neuen Regierung? Und wie sieht das Saldo aus, wenn die neu geschaffenen Stellen dagegen gerechnet werden?

Im Umdruck 16/1246 (Antworten auf die Fragen der F.D.P.-Fraktion) ist auf S. 9 der Fragenkomplex 6.) unbeantwortet geblieben. Ist zumindest eine detaillierte Beantwortung der Frage 6 b und c) im Finanzausschuss vorgesehen und wird eine detaillierte Information des FA für die unter 6 a) angesprochene möglichen weiteren „Entlastungen“ der Kommunen im Rahmen der Nachschiebeliste sichergestellt?

Im Umdruck 16/1246 auf S. 20 teilt die Landesregierung mit, dass in dem angesprochenen Bereich keine Modellprojekte durchgeführt werden. In den mündlichen Beratungen des FA war für diese Fachbereiche aber von Pilotprojekten die Rede. Worin besteht der Unterschied? Und welche Pilotprojekte gibt es in den entsprechenden Bereichen?

**EP 03**Förderung der bildenden Kunst (S. 47/48)

Steht die Erhöhung in Zusammenhang mit der beabsichtigten Veränderung im Bereich „Kunst am Bau“?

**EP 04**Modernisierung der Verwaltung (04 01 TG 61 S. 26)

Der TG Modernisierung der Verwaltung werden keine Personalkosten zugeordnet? Wie verträgt sich das mit dem Anspruch moderner Verwaltung, über aufgabenbezogene Teilbudgets mehr Kostentransparenz herzustellen?

Ist der Bereich der Verwaltungsmodernisierung in der KLR erfasst? Oder wird dies nur als übergeordneter Kostenblock geführt?

Geschäftsbedarf der Polizei( 04 10 511 01)

Die Erweiterung der Rundfunkgebühren bei Internetanschlüssen führen zur Mehrausgaben in Höhe von 30 T€ per anno. Da nicht nur die Polizei über Internetzugänge verfügt: Warum wird nur in diesem Kapitel auf die Gebührenerhöhung abgestellt. Sind alle anderen Bereiche befreit?

Polizeiorchester ( 04 10 TG 62)

Wie viele der 26 Planstellen sind mit Beamtinnen und Beamten besetzt, die eine Polizeiausbildung abgeschlossen haben?

**EP 06**Feldes und Förderabgabe (S. 10)

Ist es richtig, dass von den 140 Mio. Euro Einnahmen, nur ca. 14 Mio. Euro in Schleswig-Holstein verbleiben?

Wie hoch wären die Einnahmen, hätte sich die Landesregierung nicht zu einer Erhöhung der Abgabe von 12,5 auf 15 Prozent entschlossen?

Mautgebühren(S. 16)

Wie hoch sind die jährlichen Mauteinnahmen, für die 180 T Euro als Prüfungskosten der Anträge veranschlagt werden? Warum wird die Prüfung nicht von einem Wirtschaftsprüfer gemacht? Käme das nicht preiswerter?

**EP 07**Geschäftsbedarf (S.9)

In der Antwort wird angegeben, dass der Geschäftsbedarf pro Kopf im Bildungsministerium unterdurchschnittlich gewesen ist und darum nach oben korrigiert wurde. In welchen Ministerien ist der Bedarf überdurchschnittlich gewesen? Welche Haushaltstitel könnten um welchen Betrag reduziert werden, wenn die Landesregierung im Rahmen eines Benchmarking die niedrigen Kosten des Bildungsministeriums für alle Häuser übernommen hätte?

**EP 10**Sozialverträge (Titel 10 02 - 684 03; 684 61)

Wann wird der Abschluss der Sozialverträge in diesen Bereichen beabsichtigt?

Zu b.) MiFriFi

S. 17: „Erste Effekte der bisherigen Anstrengungen sind bei den Personalausgaben, die rd. 37% der Nettoausgaben ausmachen, zu erkennen. Sie beruhen auf dem von der Landesregierung 2005 beschlossenen Personaleinsparkonzept, der Arbeitszeitverlängerung für Beamte und der Kürzung der Sonderzahlungen ab 2007.“ Frage: Es werden drei Einsparbereiche angeführt: 1.) Personaleinsparkonzept, 2.) Arbeitszeitverlängerung und 3.) Kürzungen der Sonderzahlungen: Welche „ersten Effekte“ sind für die Bereiche 1) – 3) jeweils „zu erkennen“? (Bitte für 2005 und 2006 darstellen.)

Seite 21 : Der Absatz zu 1.4. "Gesamtwirtschaftliche Reformen" endet mit dem Satz: "Die Landesregierung wird entsprechende Initiativen im Bundesrat ebenso unterstützen wie selbst ergreifen". Frage: Welche Initiativen plant die Landesregierung und welche Bundesratsinitiativen der Landesregierung waren bislang in diesem Zusammenhang erfolgreich? Wie hoch schätzt die Landesregierung die daraus entstandenen Steuermehreinnahmen und die Einsparungen im Bereich der Sozialausgaben ein?

S. 21: "Im Anschluss an die Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik der Phase 1, die ab dem 1.7.05 durchgeführt wurde und die seit Februar 2006 umgesetzt wird, wurde am 18.4.06 die Aufgabenkritik in den Kernbereichen Justiz, Bildung, Polizei und Steuerverwaltung eingeleitet". Frage: Wann werden erste Ergebnisse für die Kernbereiche vorliegen?

S. 22: Zu den Ergebnissen der Aufgabenkritik Phase 1 heißt es: „Hierdurch werden kurzfristig Haushaltentlastungen erzielt.“ Frage: In welcher Höhe und in welchen Einzelplänen werden diese Entlastungen bezogen auf welche Haushaltsjahre wirksam?

S. 25: Für die Punkte 3.1.3 und 3.1.4 (Zukunftsprogramm ländlicher Raum und Fischerei) wurden – abweichend von den anderen beiden Bestandteilen des Zukunftsprogramms Schleswig-Holstein keine Angaben über das von der EU bereitgestellte Budget gemacht. Frage: Wie hoch ist das jeweilige Budget und wie entwickelt es sich im Vergleich zur bisherigen Förderperiode?

S. 26: Schleswig-Holstein-Fonds: Für welche Aufgaben sollen die zusätzlichen Mittel für die Kommunen in SH in Höhe von 40,5 Mio. EUR bereitgestellt werden? Wird es hierzu eine Richtlinie bzw. eine Leitlinie geben? Ab wann können die Kommunen für welche Aufgaben Mittel beantragen? Wie wird die Verteilung erfolgen: nach dem Regionalprinzip, nach dem Windhundverfahren oder nach anderen vom Land festgelegten Kriterien?

S. 33: Im Bereich der Schule, wird der zusätzliche Bedarf an Lehrkräften dargestellt und die Schaffung von 700 neuen Stellen für Lehrerinnen und Lehrer in Aussicht gestellt. Gleichzeitig wird auf den sinkenden Lehrkräftebedarf insbesondere infolge der demographischen Entwicklung ab dem Schuljahr 2010/2011 hingewiesen. Frage: Gibt es langfristige Konzepte, wie diesen beiden gegenläufigen Trends im Schulbereich Rechnung getragen werden kann und wenn ja, wie sehen diese aus?

S. 44: Sind in der Berechnung der Personalkostenquote die Tarifsteigerungen (EP 11) enthalten?

S.68: Unter den „Sonstigen Schwerpunkten“ findet man als Unterkapitel 8 den Asyl- und Ausländerbereich, ein Aufgabenfeld, das derzeit im nationalen und internationalen Fokus steht. In allen anderen Bereichen des Finanzplanes hat man sich die Mühe gemacht, zumindest im Groben einzelne Bestandteile des Aufgabenbereiches und ggfs. die entsprechenden Finanzvolumina und

deren Entwicklung darzustellen. Dieser Bereich wird mit einem pauschalen Satz abgehandelt. Wir bitten, um eine grobe Aufstellung der einzelnen Ausgaben für diesen Bereich. Zusatzfrage: Kann man aus der knappen Behandlung auf die Wichtigkeit, die diesem Bereich durch die Landesregierung zugemessen wird, rückschließen?

Allgemeine Frage:

Die Landesregierung strebt eine Senkung der Nettoneuverschuldung an. Im Jahr 2004 lag die Nettoneuverschuldung bei 788,1 Mio. €. In den Jahren 2002 und 2003 bei 1,1 bzw. 1,2 Mrd. €. Die Landesregierung erwartet nun Mehreinnahmen in Höhe von ca. einer Milliarde Euro für das Jahr 2010 gegenüber 2005.

Wie schätzt die Landesregierung das eigene Ziel ein, die Nettoneuverschuldung auf einen Stand von 850 Mio. € im selben Jahr zu bringen? Wohl wissend, wie sich Pensionslasten und Zinsausgaben tendenziell entwickeln werden: Wäre nicht eine deutlichere Absenkung angesichts dieser Steuermehreinnahmen möglich?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Monika Heinold